

## „Orte schaffen, um zu diskutieren“

„Reden wir über...“ – 2019 startet der DGB seinen gesellschaftlichen Zukunftsdialog: Bundesweit werden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf hunderten Veranstaltungen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern die Themen diskutieren, die vor Ort bewegen.



**Rund 450 GewerkschafterInnen aus ganz Deutschland haben an der Auftaktveranstaltung des Zukunftsdialogs teilgenommen.**

Wie dieser Zukunftsdialog gestaltet werden kann und welche Themen vor Ort besonders auf den Nägeln brennen – darüber diskutierten am 9. und 10. November in Berlin rund 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf einer Kick-Off-Veranstaltung. Mit dabei: Vertreterinnen und Vertreter aller Ebenen des DGB – vom Geschäftsführenden Bundesvorstand bis zu den Kreis- und Stadtverbänden. Denn die ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände werden beim DGB-Zukunftsdialog der Ort der Debatte: Sie tragen den Dialog in die Fläche. Im kommenden Jahr werden in ganz Deutschland auf hunderten Veranstaltungen Ideen und Impulse der Menschen vor Ort gesammelt. Zusätzlich können sich Bürgerinnen und Bürger auf einer Dialog-Plattform online am DGB-Zukunftsdialog beteiligen.

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann machte zum Beginn der Auftaktveranstaltung deutlich: „Der Zukunftsdialog ist das zentrale Projekt für den DGB in den nächsten vier Jahren.“ Der Dialog mit den Menschen vor Ort ist dabei kein Selbstzweck: In weiteren Schritten

werden DGB und Gewerkschaften aus den Ergebnissen des Dialogs konkrete Ideen und Projekte für die Zukunft Deutschlands und Europas entwickeln. Die Gewerkschaften sind und bleiben gesellschaftspolitische Akteure – und echte Mitmach-Organisationen. „Wir haben allen Grund deutlich zu machen, wofür Gewerkschaften stehen. Denn, so selbstbewusst sollten wir sein: Dieses Land würde ohne Gewerkschaften anders aussehen“, so Hoffmann. „Wir sind die Experten dafür, die Arbeit der Zukunft zu gestalten. Und wir sind die Experten dafür, die Lebensbedingungen vor Ort sozialer und gerechter zu machen.“ Die Rechtspopulisten in Deutschland und Europa hingegen hätten „keine Antworten, sondern nur Irrwege zu bieten – das werden wir landauf, landab deutlich machen“.

Mit der vor acht Jahren eingeführten ehrenamtlichen Ebene der Kreis- und Stadtverbände habe der DGB „ein totales Pfund“, sagte Dorothee Jürgensen, Geschäftsführerin der DGB-Region Oldenburg Ostfriesland, bei der Eröffnungsdiskussion zum Kick-Off. „Wir

### Gute Aussichten

2019 können Beschäftigte und Versicherte von Neuregelungen profitieren, für die sich die Gewerkschaften stark gemacht haben.

**SEITE 5**

### Interaktive Arbeit

Der DGB-Index Gute Arbeit beleuchtet in seiner aktuellen Auswertung die Arbeit, die von der Kommunikation und Interaktion mit Menschen lebt. Stress und Konflikte inbegriffen.

**SEITE 6**

### Digitale Gewerkschaften

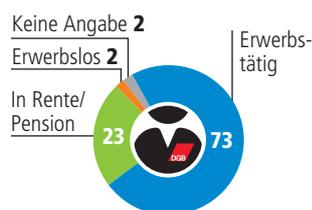
ver.di-Vorstandsmitglied Lothar Schröder über die digitale Zukunft von Arbeitswelt und Gewerkschaftsarbeit.

**SEITE 7**

## UMFRAGE

### Drei Viertel im Job

Anteil der ehrenamtlichen Vorstände in den DGB-Kreis- und Stadtverbänden nach Erwerbsstatus (in Prozent)



Quelle: DGB 2018

© DGB-einblick 12/2018 / CC BY 4.0



### EINBLICK IM INTERNET

Aktuelle News gibt es auf der einblick-Internetseite:  
[www.dgb.de/einblick](http://www.dgb.de/einblick)

**E-MAIL-NEWSLETTER**

Anmeldung unter:  
[www.dgb.de/einblicknewsletter](http://www.dgb.de/einblicknewsletter)



► Fortsetzung von Seite 1

schaffen schon lange Orte, um zu diskutieren, um auf die Menschen zuzugehen, um sie nach ihrer Meinung zu fragen.“ Beim Zukunftsdialog werde es jetzt auch darum gehen, „das Gehörte zu nehmen und daraus Visionen zu entwickeln“.

Wie und zu welchen Zukunftsthemen DGB und Gewerkschaften gemeinsam mit den Menschen im Rahmen des Zukunftsdialogs Antworten entwickeln wollen – darüber diskutierten die

Themenpalette am 9. und 10. November in Berlin reichte dabei von neuen Arbeitszeitmodellen, über Wohnen, Rente und Bildungspolitik bis hin zu einer „Offensive für ein soziales Europa“.

Mit den bundesweit 350 ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbänden des DGB seien in den vergangenen acht Jahren „richtig gute, arbeitsfähige Strukturen etabliert“ worden, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack beim Zukunftsdialog-Kick-Off. In einem gemeinsamen Projekt hatten DGB-Bundesvorstand, DGB-Bezirke und Gewerkschaften Struktur und Arbeit der Kreis- und Stadtverbände evaluiert. Die Ergebnisse zeigen: Die ehrenamtliche Ebene des DGB ist vor Ort gut vernetzt – auch hinein in Betriebe und Verwaltungen: 73 Prozent der Vorstandsmitglieder sind aktive Arbeitnehmerinnen



TeilnehmerInnen des Kick-Offs intensiv zwei Tage lang in rund 30 Arbeitsgruppen. Die Auftaktveranstaltung spiegelte damit wider, was auch den Zukunftsdialog in den kommenden Jahren prägen wird: In der Diskussion Themen finden, Themen verdichten und konkrete Lösungen suchen. Die

und Arbeitnehmer (siehe Grafik Seite 1). Doch die Evaluation hat auch gezeigt: Die Kreis- und Stadtverbände können noch deutlich jünger und weiblicher werden. Für DGB-Vize Elke Hannack ist klar: „Der Zukunftsdialog bietet eine herausragende Gelegenheit, als Gesamtorganisation noch



## SO GEHT'S WEITER

Nach der Kick-Off-Veranstaltung am 9. und 10. November 2018 in Berlin erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Anfang Dezember eine umfangreiche Dokumentation der Ergebnisse. Im Januar gibt es dann weitere Material- und Info-Pakete für die DGB-Gliederungen vor Ort, mit denen sie ihre Zukunftsdialog-Aktivitäten für 2019 planen können.

besser und noch fokussierter zusammenzuarbeiten und uns in einem gemeinsamen Prozess über die nächsten Jahre weiterzuentwickeln.“

Die Debatten bei der Auftaktveranstaltung in Berlin hätten vor allem gezeigt, „wie vielfältig wir im DGB aufgestellt sind“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Wie unterschiedlich und spannend die verschiedenen Blickwinkel und Perspektiven sind, ist wirklich toll.“ Auch dieses Bild wird der Zukunftsdialog in die Fläche tragen: „Wir wol-

len mit dem Zukunftsdialog spürbar und erfahrbar werden vor Ort“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Klar sei deshalb: Die Kreis- und Stadtverbände werden die Unterstützung bekommen, die sie für ihre zentrale Rolle in diesem Prozess brauchen.



## Stimmen aus der Kick-Off-Veranstaltung in Berlin



Ich fand den Start des Zukunftsdialogs sehr konstruktiv. Besonders die Arbeit in den Gruppen war stark und die Stimmung war gut. Zudem war die Moderatorin im Plenum sehr erfrischend. Ich nehme vieles mit und werde in unserer Kreisverbands-Klausur darüber berichten.

Karin Fahrenholz-Krämer (ver.di), Vorsitzende des DGB-Kreisverbandes Mayen-Koblenz



Mich hat die Veranstaltung begeistert, ich nehme vieles mit aus Berlin. Es war die erste große Konferenz, die ich im Amt besucht habe. Die Diskussionen waren richtig gut. Aus meiner Sicht hätte es etwas länger sein können, um noch mehr Themen debattieren zu können.

Thomas Neumeier (GdP), Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Leipzig Land



Der Zukunftsdialogauftakt hat gezeigt, dass wir alle zusammen für dieselben Themen und Ziele eintreten. Es hat Spaß gemacht, zu debattieren und Ideen zu entwickeln. Grundlage dafür war unter anderem das durchdachte Konzept der Veranstaltung, aber auch der Respekt anderen Positionen gegenüber. Aus meiner Sicht war es ein gutes Wochenende.

Joachim Elsholz (IG BCE), Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Steglitz-Zehlendorf



Vor dem Auftakt des Zukunftsdialogs war ich skeptisch, ob es gelingen kann, dass 400 Menschen etwas Produktives an einem Tag zustande bringen. Aber die Formate in den Arbeitsgruppen und im Plenum waren sehr gut strukturiert. Sie haben die Vielfalt des DGB zugelassen und vor allem Ergebnisse gebracht. Mir persönlich ist es wichtig, dass die Ehrenamtlichen Zugang zu einer digitalen Plattform erhalten, um sich zu informieren und auszutauschen.

Witich Roßmann (IG Metall), Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Köln

## EU-MOBILITÄTSPAKET: ES GEHT UM SICHERHEIT



Das EU-Mobilitätspaket („Mobility Package“) soll neue Regeln für den Güterverkehr auf Europas Straßen festlegen. Jetzt steht die entscheidende Phase der Beratungen auf europäischer Ebene an. Doch einige Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, würden den Güterverkehr unsicherer machen – sowohl für die Beschäftigten im Transportsektor als auch für andere VerkehrsteilnehmerInnen. Der aktuelle Textentwurf sieht verkürzte wöchentliche Ruhezeiten für FahrerInnen vor: Statt drei Tagen Pause innerhalb von zwei Wochen, würden die neuen Regeln zwei Tage Ruhezeit innerhalb von drei Wochen bedeuten. Im Klartext: Von 21 aufeinanderfolgenden Tagen könnten FahrerInnen bis zu 19 Tage hinterm Lenkrad sitzen. Außerdem soll es Ausnahmen vom Verbot geben, die reguläre wöchentliche Ruhezeit in der Lkw-Kabine zu verbringen. Für die Lkw-FahrerInnen heißt das unterm Strich: Mehr Zeit auf der Straße und im Fahrzeug, weniger echte Ruhepausen.

Schon jetzt herrschen teils katastrophale Arbeitsbedingungen für viele Lkw-FahrerInnen. Anfang November hat das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ einen Skandal aufgedeckt. In Ense, in der Nähe von Dortmund, sitzen 16 philippinische Fahrer auf dem Betriebsgelände einer Logistik-Firma fest. Die Männer berichten von teilweise unmenschlichen Zuständen: Seit bis zu 18 Monaten leben und arbeiten sie in ihren Fahrzeugen. Ihre Wochenenden verbringen sie auf dem Betriebsgelände der Firma in Ense, hausen in ihren LKWs. Es besteht der „dringende Verdacht auf Menschenhandel und Arbeitsausbeutung“, berichtet das DGB-Projekt „Faire Mobilität“. Inzwischen hat der DGB Strafanzeige gestellt. Der Fall zeigt: Auf Europas Straßen muss es bessere Regeln geben – gerade für die Beschäftigten im Transportsektor. [www.dgb.de/-/1pn](http://www.dgb.de/-/1pn)



### BETRIEBSRATSGARANTIE BESCHLOSSEN

Die Bundesregierung hat Mitte November beschlossen, dass FlugbegleiterInnen und PilotInnen zukünftig uneingeschränkt einen Betriebsrat gründen können. „Wenn die Betriebsratsgarantie Gesetz wird, schützt sie Crewmitglieder vor der Willkür der mittlerweile immer zahlreicher werdenden Billigflieger, die prekär beschäftigen und bezahlen“, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Die bisherige Regelung im Betriebsverfassungsgesetz stammte aus den 1970er Jahren: Betriebsräte für fliegendes Personal gab es nur, wenn dies ausdrücklich in einem Tarifvertrag vereinbart wurde. Eine solche Vereinbarung hatte Ryanair stets verweigert. Eine gesetzliche Betriebsratsgarantie gibt den Beschäftigten künftig die Chance, auch in diesen Airlines ihre Interessen zu vertreten.



### URLAUB IST ZUM ERHOLEN DA

Einem „Ansparen“ von Urlaubstagen über Jahre hinweg hat DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach eine klare Absage erteilt. „Regelmäßiger Erholungsurlaub ist unerlässlich für die Gesundheit der Beschäftigten“. Sie reagierte damit auf Vorschläge – unter anderem der FDP – Langzeitkonten für Urlaub zu ermöglichen. Zudem stellte sie klar, dass es bereits Regelungen gebe, nicht genommene Urlaubstage ins erste Quartal des Folgejahres zu übertragen. Ein längerfristiges „Ansparen“ sei der Gesundheit hingegen nicht dienlich. Buntenbach wies darauf hin, dass Beschäftigte ihren Erholungsurlaub oft nicht beantragten, weil ihr Arbeitspensum zu hoch sei oder sie befürchteten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren – „mit freiwilligem Verzicht hat das nichts zu tun“. [www.dgb.de/-/2lq](http://www.dgb.de/-/2lq)

## RENTNREFORMEN REICHEN NICHT

Die von der Bundesregierung verabschiedeten Rentenreformen ebnen aus Sicht des DGB den Weg in „Richtung Vertrauen, Verlässlichkeit und Leistungsfähigkeit der Alterssicherung“. DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach begrüßte, dass das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisiert werde. Das sei ein guter Anfang. „Aber für die Wende in der Rentenpolitik, die der DGB seit Jahren fordert, braucht es mehr“, so Buntenbach. Das Rentenniveau müsse auch für den Zeitraum nach 2025 gesichert und wieder angehoben werden. Weitere Punkte für eine zukunftsfeste Rente sind Verbesserungen für Menschen, die bereits Erwerbsminderungsrente beziehen und die Finanzierung der Mütterrente aus Steuermitteln.

[www.dgb.de/-/2TI](http://www.dgb.de/-/2TI)

## MIETEN FRESSEN EINKOMMEN

Steigende Mietkosten treffen Haushalte mit geringeren Einkommen besonders hart. Das zeigt eine Studie des University College London und der Humboldt Universität Berlin. Die ForscherInnen haben über einen längeren Zeitraum hinweg die Einkommen und die Wohnkosten beobachtet. Das Resultat: Zwischen 1993 und 2013 sind die Mietkosten für die Haushalte mit dem geringsten Einkommen von 27 auf 39 Prozent gestiegen. Bei den Haushalten mit dem höchsten Einkommen jedoch von 16 auf 14 Prozent gesunken. Die Studie zeige, dass Menschen mit geringem Einkommen schon sehr lange unter steigenden Wohnkosten leiden, kritisiert DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell.

[www.dgb.de/-/2bV](http://www.dgb.de/-/2bV)



### TELEGRAMM

Mehr **Diversity-Maßnahmen für den öffentlichen Dienst** hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack Ende November auf dem „Schöneberger Forum“ des DGB gefordert.

Nicht einmal die Hälfte der Dienststellen hierzulande bietet Vielfaltsprogramme an, das hat eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des DGB ergeben. Demnach sagen nur 43 Prozent der befragten Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst, dass es an ihrem Arbeitsort solche Maßnahmen gibt. Dabei sind 77 Prozent der Befragten durchaus aufgeschlossen gegenüber Vielfalt im Arbeitsleben, bei den unter 35jährigen sind es sogar 82 Prozent.

[www.dgb.de/-/1aP](http://www.dgb.de/-/1aP)

## BETRIEBSRÄTEPREIS: MITBESTIMMUNG IN AKTION



Die Betriebsratsmitglieder des Klinikums Salzgitter nehmen den Betriebsräte-Preis 2018 entgegen.

Arbeitsverdichtung, zu wenig Personal und kein verlässlicher Dienstplan – das wollte der Betriebsrat des Helios Klinikums in Salzgitter nicht länger hinnehmen. Für seinen Einsatz wurde er im November mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis in Gold ausgezeichnet. Die ArbeitnehmervertreterInnen nutzten ihre Mitspracherechte bei Arbeitszeit und Dienstplanänderungen, um die Beschäftigten zu entlasten. Waren bei Dienstplänen nicht ausreichend Personalreserven eingeplant, verweigerten die Betriebsräte ihre Zustimmung und strengten Unterlassungsverfahren an.

Den Betriebsrätepreis in Silber erhielt der Betriebsrat Clariant Plastics & Coatings, der eine Betriebsvereinbarung abschloss, um mit verschiedenen Personalmaßnahmen flexibel auf Produktionsmengen, Altersstruktur und Ausfallzeiten zu reagieren. Bronze ging an die Arbeitnehmervertretung bei Siemens Leipzig. Die Betriebsräte initiierten 2015 erfolgreich ein Projekt zur Integration von Geflüchteten im Unternehmen. Weitere Auszeichnungen wurden unter anderem in den Kategorien „Innovative Betriebsratsarbeit“, „Gute Arbeit“ und „Fair statt prekär“ verliehen. [www.dgb.de/-/hRV](http://www.dgb.de/-/hRV)

## MEHR GELD FÜR AZUBIS

Für „nicht ausreichend“ hält die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack die Pläne von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) für eine Azubi-Mindestvergütung. Karliczek hatte ihre Pläne beim Berufsbildungskongress des DGB am 8. November vorgestellt. Demnach sollen Azubis in Zukunft nicht weniger als 504 Euro im Monat verdienen. Damit liegt sie weit entfernt von den Vorstellungen des DGB – und der Realität.

„Karliczeks Vorschlag entpuppt sich genau betrachtet als Mogelpackung, von der kaum ein Azubi profitieren wird“, erklärte Elke Hannack, „schon heute liegen nahezu sämtliche Vergütungen für Azubis weit oberhalb der 504 Euro“. Der DGB fordert weiterhin, dass alle Azubis mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Vergütung des jeweiligen Ausbildungsjahres erhalten müssen. Wenn man die Zahlen des Jahres 2017 zugrunde legt, bedeutet das 635 Euro im ersten Ausbildungsjahr, 696 Euro im zweiten, 768 Euro im dritten und 796 Euro im vierten Jahr der Ausbildung. [www.dgb.de/-/28L](http://www.dgb.de/-/28L)

### Tipp

#### BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN!

Neu am Start ist die Internetseite des DGB zum Thema Wohnungsnot, Mietanstieg und Bau bezahlbaren Wohnraums. Hier werden alle gewerkschaftlichen Standpunkte und Forderungen zusammengefasst – für eine kompakte Übersicht. [www.dgb.de/wohnen](http://www.dgb.de/wohnen)

## 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Der 12. November 1918 gilt als Geburtsstunde des Frauenwahlrechts in Deutschland. Anlässlich des Jubiläums sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack: „Auch wenn Frauen seit hundert Jahren mitbestimmen können, welche Persönlichkeiten welche Politik in diesem Land gestalten - von einer wirklichen Gleichstellung von Frauen und Männern sind wir noch weit entfernt.“ Frauen seien weiterhin nicht gleich beteiligt und nähmen nicht angemessen Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In den Deutschen Bundestag und in die Landesparlamente sind bei den letzten Wahlen wieder weniger Frauen eingezogen. Im Bundestag sitzen heute so wenig Frauen, wie zuletzt vor 20 Jahren.

Hannack forderte, bei der anstehenden Reform des Wahlrechts die paritätische Beteiligung von Frauen auf die Agenda zu nehmen. Die Parteien müssten auch mehr Frauen zur Wahl aufstellen. Sie sprach sich zudem für eine

breite Debatte über den Begriff der Arbeit aus, der neben bezahlter Erwerbsarbeit auch die gesellschaftlich unerlässliche unbezahlte Haus- und Sorgearbeit umfasst. Um einen deutlichen gleichstellungspolitischen Schub zu erreichen,



sollte die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarte ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie endlich auf den Weg bringen. Alle Gesetzesvorhaben sollten geprüft werden, damit sie die strukturelle Benachteiligung von Frauen nicht weiter verstärken sondern dazu beitragen,

sie zu vermindern. Die ebenfalls angekündigte Bundesstiftung Gleichstellung sollte dabei beratend zur Seite stehen und ein regelmäßiges Monitoring durchführen.

Zwar habe sich einiges getan – das Elterngeld, die Frauenquote für mitbestimmte und börsennotierte Unternehmen, das Entgelttransparenzgesetz und das Recht auf Brückenteilzeit, doch seien diese Projekte hart umkämpft gewesen. Die erzielten Kompromisse „gehen uns Frauen, uns Gewerkschaften, ja dem progressiven Bevölkerungsteil nicht weit genug“, so Hannack. Sie warnte davor, dass mit dem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte eine Rolle rückwärts drohe: „Die Rechtspopulisten stehen für Heimchen am Herd, sie stehen für ein antiquiertes Familienbild. Diese Leute wollen keine selbstbestimmten Frauen und schon gar keine Frauen in Chefesseln.“

[www.dgb.de/-/28C](http://www.dgb.de/-/28C)

# Gute Aussichten 2019\*: Beschäftigte profitieren



\*mit einigen Wolken

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben zahlreiche Erfolge für mehr Gerechtigkeit in Arbeit, Rente und Sozialversicherung erkämpft. Auch 2019 können Beschäftigte und Versicherte von Neuregelungen profitieren, für die sich die Gewerkschaften stark gemacht haben. Doch es gibt auch Wermutstropfen. Eine Übersicht.

**BRÜCKENTEILZEIT.** Ab 1. Januar 2019 haben ArbeitnehmerInnen ein Recht auf Brückenteilzeit. Das heißt, sie können ihre Arbeitszeit für eine bestimmte Zeit – zwischen einem und fünf Jahren – verkürzen und anschließend wieder in ihren Vollzeitjob zurückkehren. Die Regelung gilt jedoch nur in Unternehmen mit mehr als 45 Beschäftigten. Der DGB setzt sich weiterhin für mehr Arbeitszeitsouveränität für alle Beschäftigten ein.

**GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNG.** Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden ab 1. Januar 2019 wieder zu gleichen Teilen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern getragen – auch der Zusatzbeitrag, den bisher allein die Beschäftigten zahlen mussten. Ein Erfolg, denn dies hatte der DGB bereits 2017 mit der Kampagne „Hey Boss, wo bleibt deine Hälfte?“ gefordert. Außerdem werden Kleinselbstständige künftig entlastet, der monatliche Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige wird auf 171 Euro halbiert.

**HARTZ IV.** Der Regelsatz für Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II steigt für Alleinstehende von 416 Euro auf 424 Euro pro Monat. Paare oder Bedarfsgemeinschaften erhalten 382 pro Partner, für Kinder unter sechs Jahren steigt der Betrag um

fünf Euro monatlich auf 245 Euro. Generell kritisiert der DGB, dass die Regelsätze zu niedrig angesetzt sind, um soziale Teilhabe auf Augenhöhe zu ermöglichen.

**MINDESTLOHN.** Seit 2017 beträgt der gesetzliche Mindestlohn 8,84 Euro pro Stunde. Im Mindestlohngesetz ist festgeschrieben, dass der gesetzliche Mindestlohn alle zwei Jahre neu festgelegt wird. Im Juni 2018 hat die Mindestlohn-Kommission – die aus Gewerkschafts- und ArbeitgebervertreterInnen und WissenschaftlerInnen besteht – empfohlen, den gesetzlichen Mindestlohn in zwei Schritten zu erhöhen: am 1. Januar 2019 auf 9,19 Euro und zum 1. Januar 2020 auf 9,35 Euro. Diesem Vorschlag ist die Bundesregierung im Oktober gefolgt. Auch einige Branchenmindestlöhne, die Gewerkschaften in Tarifverhandlungen erstritten haben, steigen kräftig. [www.dgb.de/-/RCO](http://www.dgb.de/-/RCO)

**MINIJOBS UND MIDIJOBS.** Die sogenannte Gleitzone zwischen einem Mini- und Midijob wird 2019 ausgeweitet. Midijobber dürfen künftig zwischen 450 Euro und 1300 Euro verdienen – bisher waren es 850 Euro. Sie zahlen dabei weiterhin reduzierte Sozialversicherungsbeiträge, sollen aber künftig die gleichen Rentenansprüche erwerben,

als hätten sie den vollen Arbeitnehmeranteil in die Rentenversicherung einbezahlt. DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach befürchtet, dass dies zu „massiven Beitragsausfällen bei den Sozialversicherungen führen“ wird.

Als Minijobs gelten geringfügige Beschäftigungen, die regelmäßig mit nicht mehr als 450 Euro und maximal 5400 Euro im Jahr entlohnt werden. Wird die Beschäftigung kurzfristig und innerhalb einer bestimmten Zeitgrenze ausgeübt, ist die Regelung nach Verdienst hinfällig. Diese Zeitgrenze wird 2019 wieder verschärft: auf 50 einzelne Tage oder 2 Monate. Auch beachten: Durch den höheren Mindestlohn sinkt die monatliche Arbeitszeit bei Minijobs auf rund 49 Stunden im Monat.

Minijobs sind keine gute Option: Denn wer arbeitet, soll von seinem Einkommen auch leben können. Ein Minijob reicht zur eigenständigen Existenzsicherung nicht aus – weder im Jetzt noch im Alter. Deshalb spricht sich der DGB konsequent dagegen aus, den Minijobsektor auszuweiten, indem die Geringfügigkeitsgrenze ausgeweitet wird. Stattdessen braucht es mehr gute und existenzsichernde Arbeitsplätze.

**RENTE.** Das im August 2018 durch die Bundesregierung beschlossene „Rentenpaket I“ stoppt den automatischen Renten-Sinkflug und sichert das Rentenniveau vorerst bei mindestens 48 Prozent: ein erster Erfolg der DGB-Rentenkampagne. Trotzdem muss aus Sicht des DGB bei der Rente noch einiges verbessert werden. Der DGB fordert, das Rentenniveau auch für den Zeitraum nach 2025 zu sichern und wieder anzuheben.

Bei der Erwerbsminderungsrente gibt es zwar Verbesserungen; Menschen, die bereits erwerbsgemindert sind, gehen allerdings leer aus. Die „Mütter-Rente II“ bringt längst überfällige Verbesserungen: so erhalten Eltern zukünftig mehr Rentenpunkte für die Erziehungszeiten. Die Kindererziehung zu honorieren, ist aus DGB-Sicht aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die aus Steuermitteln finanziert werden sollte – nicht wie bisher und auch weiterhin aus Rentenbeiträgen.

**STEUERFREIBETRÄGE.** Kürzlich hat der Bundestag das sogenannte Familienentlastungsgesetz beschlossen, durch das Familien künftig fast zehn Milliarden Euro weniger Steuern zahlen sollen. Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und das Kindergeld steigen. Die grundsätzliche Struktur des Einkommensteuertarifs wird mit dem neuen Gesetz jedoch nicht angetastet. Auch künftig werden reiche Haushalte mehr profitieren als solche mit unteren und mittleren Einkommen. Das lehnt der DGB ab und hat eigene Vorschläge für ein gerechteres Steuersystem vorgelegt. Wie die Vorschläge wirken, kann jede/r mit dem aktualisierten DGB-Steuerrechner überprüfen: [www.dgb.de/steuerrechner](http://www.dgb.de/steuerrechner)

Das ändert sich 2019: [www.dgb.de/-/2hl](http://www.dgb.de/-/2hl)

## WENN KOMMUNIKATION STRESS BEDEUTET

Für viele Beschäftigte ist der direkte Kontakt zu KundInnen, SchülerInnen oder PatientInnen erfüllend. Auch oder gerade in Zeiten der Digitalisierung gehen rund zwei Drittel der ArbeitnehmerInnen Berufen nach, in denen die Kommunikation und Interaktion mit anderen Menschen im Vordergrund steht – im Sozialwesen, im Handel, im Gesundheitsbereich oder der Bildung. Selbst im produzierenden Gewerbe hat immerhin ein Drittel regelmäßig Kontakt zu Kunden. Allerdings berichten in der aktuellen Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit viele über belastende Situationen und Stress, denen sie im Rahmen dieser durch Interaktion geprägten Arbeit ausgesetzt sind.



**Der persönliche Kontakt mit Menschen ist für viele Beschäftigte wichtig – kann aber auch belastend sein.**

So geben 41 Prozent der Beschäftigten im Sozialwesen an, regelmäßig negative, psychisch belastende Erlebnisse im Job zu haben. Auch an Schulen und im Gesundheitswesen ist dies überdurchschnittlich oft der Fall. So werden die Beschäftigten häufig herablassend von KundInnen, SchülerInnen oder PatientInnen behandelt. 43 Prozent geben an, dass es häufig zu Streit und Konflikten kommt. Viele haben keine Unterstützung und nicht genug Zeit, um ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann fordert, die Arbeitsbedingungen von interaktiv arbeitenden Menschen deutlich zu verbessern. „Eine Aufwertung der Arbeit mit Menschen braucht entsprechende zeitliche und personelle Ressourcen, eine angemessene Entlohnung und Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote“, so Hoffmann. <http://index-gute-arbeit.dgb.de>

So geben 41 Prozent der Beschäftigten im Sozialwesen an, regelmäßig negative, psychisch belastende Erlebnisse im Job zu haben. Auch an Schulen und im Gesundheitswesen ist dies überdurchschnittlich oft der Fall. So werden die Beschäftigten häufig herablassend von KundInnen, SchülerInnen oder PatientInnen behandelt. 43 Prozent geben an, dass es häufig zu Streit und Konflikten kommt. Viele haben keine Unterstützung und nicht genug Zeit, um ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann fordert, die Arbeitsbedingungen von interaktiv arbeitenden Menschen deutlich zu verbessern. „Eine Aufwertung der Arbeit mit Menschen braucht entsprechende zeitliche und personelle Ressourcen, eine angemessene Entlohnung und Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote“, so Hoffmann. <http://index-gute-arbeit.dgb.de>

## NEUER NGG-VORSTAND GEWÄHLT

Guido Zeitler ist neuer Vorsitzender der NGG. Die 162 Delegierten des Gewerkschaftstages wählten den 47-Jährigen Anfang November mit 88,1 Prozent der Stimmen an die Spitze der NGG. Zeitler löst damit Michaela Rosenberger, 58, ab, die aus gesundheitlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet hat. Er ist gelernter Hotelfachmann. Als stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten den bisherigen Vorsitzenden des NGG-Landesbezirks Bayern, Freddy Adjan, 50 (94,4%). Er wird für die Tarifpolitik zuständig sein. Zur neuen NGG-Vize wurde Claudia Tiedge, 42, (88,8%) gewählt. Tiedge war bislang Geschäftsführerin der NGG-Region Hannover.

## LANDTAGSWAHL HESSEN: SO HABEN GEWERKSCHAFTERINNEN GEWÄHLT

Ginge es nach den GewerkschafterInnen in Hessen wäre die SPD unter Thorsten Schäfer-Gümbel klar stärkste Kraft mit 28,3 Prozent geworden, gefolgt von den Grünen (18,2 Prozent) und der CDU (17,3 Prozent). Besonders groß ist der Rückhalt für die SPD unter den BeamtInnen (33,4 Prozent) und ArbeiterInnen (31,2), die Gewerkschaftsmitglied sind. 26 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Angestellten gaben der SPD ihre Stimme. Bei Beschäftigten, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, ist der Zuspruch zur SPD deutlich geringer. Hier liegt die CDU klar vorn. Bei der AfD machten 17 Prozent der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen ihr Kreuz. [www.dgb.de/-/2vr](http://www.dgb.de/-/2vr)

### Hessen: SPD stärkste Kraft unter GewerkschafterInnen

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Hessen 2018 (in Prozent)

■ CDU ■ SPD ■ Grüne ■ Linke ■ FDP ■ AfD ■ Andere

Alle WählerInnen



GewerkschafterInnen\*



\* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. BeamtInnenbund)  
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim 2018

© DGB-einblick 12/2018 / CC BY 4.0



## Ticker

### ver.di: KandidatInnen für Vorstand nominiert

Anfang November hat der ver.di-Gewerkschaftsrat die KandidatInnen für die künftige Vorstandsspitze nominiert. So kandidiert Frank Werneke (51), bislang stellvertretender Vorsitzender und zuständig für Medien und Finanzen, auf dem ver.di-Bundeskongress im Herbst 2019 für das Amt des Vorsitzenden. Die bisherige Stellvertreterin Andrea Kocsis (53), verantwortlich für Post und Logistik, und Christine Behle (50), zuständig für den Fachbereich Verkehr, wurden als gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende nominiert. [www.verdi.de](http://www.verdi.de)

### IG Metall: MetallerInnen wollen mehr Zeit

Rund 190 000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie wollen im nächsten Jahr acht zusätzliche freie Tage statt mehr Geld. Das zeigen erste Zwischenergebnisse einer Befragung der IG Metall unter Betriebsräten in 1400 von 2800 Unternehmen. Laut Metall-Tarifabschluss vom Februar 2018 können Beschäftigte einen Teil des neuen, jährlich ausgezahlten tariflichen Zusatzgeldes in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsentgelts in zusätzliche acht freie Tage umwandeln. [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

### BCE: Pflegezusatzversicherung für Beschäftigte

Künftig bietet der Henkel-Konzern seinen Beschäftigten eine betriebliche Pflegezusatzversicherung. Grundlage ist ein branchenbezogener Haustarifvertrag zwischen IG BCE und dem Arbeitgeber. Damit können die Beschäftigten nun für den Pflegefall vorsorgen, ohne dass sie während ihrer Beschäftigungszeit bei Henkel einen eigenen finanziellen Beitrag leisten müssen. So fließt ein Teil der bisher in die betriebliche Altersvorsorge investierten Mittel zukünftig in die Pflegevorsorge. [www.igbce.de](http://www.igbce.de)

### IG Metall-Umfrage: Sorge um die Rente

Eine IG Metall-Umfrage zeigt: Viele Menschen blicken bei der Rente pessimistisch in die Zukunft. Zwei Drittel der Menschen in Deutschland glauben nicht, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente später einmal gut leben können. Noch höher ist dieser Anteil unter den 18- bis 34-Jährigen. Unter ihnen bezweifeln sogar 71 Prozent, dass ihre Rente für einen sorgenfreien Ruhestand ausreicht. Sie wünschen sich laut IG Metall weitere Reformschritte. [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

# „Gewerkschaftsarbeit muss digitaler werden“

ver.di-Vorstandsmitglied Lothar Schröder ist Mitglied in der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ des Deutschen Bundestags. Im Interview erklärt er, was nötig ist, damit Betriebsräte schlaue Software überwachen können und was der Computer HAL 9000 aus Stanley Kubricks Film „2001: Odyssee im Weltall“ mit unserer digitalen Zukunft zu tun hat.

## Was bedeutet Künstliche Intelligenz eigentlich?

Ich mag den Begriff Künstliche Intelligenz nicht. Ich verwende lieber den Begriff des Machine Learning – also maschinelles Lernen. Das ist wissenschaftlich zwar etwas unpräzise, beschreibt aber viel besser, um was es geht: Maschinen lernen selbstständig.

## Damit ändern sich aber die Spielregeln.

Genau, Lernprozesse und die daraus resultierenden Innovationen haben in der Geschichte zu großen Veränderungen geführt. Mit lernenden Maschinen wird diese Fähigkeit zum Lernen nun besitzbar. Die Digitalisierung hat bereits dazu geführt, dass sich riesige Oligopole gebildet haben – siehe den Google-Mutterkonzern Alphabet, Amazon und Co. Eine zentrale Frage lautet deshalb: Was passiert, wenn diese Oligopolisten nun auch noch lernende Maschinen besitzen?

## Wie ist der Entwicklungsstand?

Viele Menschen haben HAL 9000 aus Stanley Kubricks *2001: Odyssee im Weltraum* oder den Terminator vor Augen, wenn es um schlaue Maschinen geht – beides sind eher dystopische Bilder einer universellen Intelligenz. Das halte ich für abwegig. Im Alltag sind wir bereits von vielen Anwendungen umgeben, die selbst lernen: Suchmaschinen, Entscheidungshilfen beim Online-Shopping, Optimierung in der Logistik oder auch kurze Nachrichtentexte, wie etwa Sport- und Finanznachrichten, die von Maschinen geschrieben wurden.

## Andererseits ist der durchschnittliche Sprachroboter in der Telefonhotline weiterhin eher schlicht.

Maschinen sind dann gut, wenn sie regelbasierte Prozesse auswerten und im Fall der Nachrichtentexte in Standards übersetzen können. Das machen sie schon gut, oft merken wir nicht, ob wir mit einer Maschine kommunizieren. Sobald aber Emotionen und Mehrdeutigkeiten, die interpretiert werden müssen, eine Rolle spielen, wird es für Maschinen schwierig.

## Wo geht die Reise hin?

In der Medizin wird es deutliche Verbesserungen geben, etwa bei der Analyse von Röntgen- oder MRT-Bildern. Maschinen können hier mit hoher Wahrscheinlichkeit feststellen, ob Menschen Krebs haben. In anderen Bereichen können eintönige Routinetätigkeiten von Maschinen übernommen werden. KI kann Produktivitätszuwächse generieren. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe die Effizienzpotenziale dorthin umzuverteilen, wo es Bedarf gibt. Das ist zum Beispiel die Pflege, die Empathiearbeit. Mediziner und Pfleger sollen sich zum Beispiel eingehender mit Patienten über die Behandlung unterhalten können und im öffentlichen Dienst soll mehr Zeit für die Bürger da sein – das wäre Fortschritt, den wir mit KI erwirtschaften könnten.

## Trotzdem machen sich die Menschen Sorgen.

Viele Menschen haben Ängste und Sorgen: Wer steuert – der Mensch die Maschine oder umgekehrt? Wie steht es um meinen Arbeitsplatz? Aber auch die Angst vor autonomen Waffensystemen ist da. Und natürlich gibt es ein großes Missbrauchspotenzial. Das alles sind berechtigte Einwände, wenn lernende Maschinen zum Einsatz kommen.

## Wie erkennen Menschen Entscheidungen, die Maschinen getroffen haben?

Unternehmen sollten Menschen mitteilen, wenn sie Kontakt zu einer Maschine zum Beispiel in Form eines Chatbots haben. Die Deutsche Telekom geht da mit gutem Beispiel voran und hat eine entsprechende Selbstverpflichtung beschlossen. Der Kunde kann entscheiden: Nehme ich den Service der Maschine in Anspruch oder nicht?

## Wie kann ein Betriebsrat Künstliche Intelligenz überwachen?

Momentan gelten Regeln aus dem Jahr 1972, damals wurden die entsprechenden Abschnitte im Betriebsverfassungsgesetz novelliert, die sich mit der Überwachung von Beschäftigten befassen. Bei maschineller Leistungskontrolle hat der Betriebsrat mitzubestimmen. Betriebsvereinbarungen haben in dem Sinne jahrzehntelang festgelegt,



**LOTHAR SCHRÖDER,**  
58, ist seit 2006 Mitglied im ver.di-Bundesvorstand und Leiter des Fachbereichs Telekommunikation, IT, Datenverarbeitung.

## CLOUD, KI UND DATEN AUF DER SPUR

Was kann Künstliche Intelligenz? In welchen Branchen werden lernende Maschinen eine Rolle spielen? Diese und vielen weiteren Fragen werden wir ab sofort auf dem IT-Newsportal [unionize.de](http://unionize.de) nachgehen. Zudem geht es um die Technologien, die unsere Arbeitswelt verändern – Software in der Cloud, Plattformarbeit oder E-Learning.

Wir werden den großen Playern in der Digitalbranche auf die Finger schauen: Unter anderem Amazons Kampf gegen Arbeitnehmerrechte oder Googles Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung. Wer auf dem Laufenden bleiben möchte, kann den Newsletter SmartUnion kostenlos abonnieren. Dort berichten wir regelmäßig über Neuigkeiten auf [unionize.de](http://unionize.de).

[www.unionize.de/newsletter](http://www.unionize.de/newsletter)



welche Daten ins System rein kommen und welche Auswertungen zulässig sind. Dieser Mechanismus funktioniert bei KI nicht mehr richtig. KI soll Muster in Daten erkennen, die vorher nicht erkannt worden sind. Dann können vorher auch kaum die zulässigen Auswertungen beschrieben sein. Betriebsräte und Unternehmen müssen auf einer übergeordneten Ebene die Ziele und Zwecke definieren.

## Muss die Arbeit der Gewerkschaften digitaler werden?

Auf jeden Fall. Wir haben zum Beispiel einen deutlichen Nachholbedarf, was unsere Präsenz in den sozialen Netzwerken angeht. Zudem müssen wir unsere digitalen Möglichkeiten deutlich erweitern. ver.di wird 2019 dazu ein Forschungsprojekt starten. Wir wollen herausfinden, wie ver.di sich mehr zu einer Netzwerkgewerkschaft entwickeln kann. Wir wollen unter anderem die Partizipation an gewerkschaftlichen Entscheidungen verbessern und die ehrenamtliche Arbeit intensiver einbinden. Dabei geht es um die Frage: Welche Algorithmen können uns behilflich sein, um herauszufinden, was die Anliegen unserer Mitglieder sind.



„Die Menschen sind nicht das Problem. Das System ist krank.“



Freddy Adjan, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, auf dem NGG-Kongress in Leipzig am 8. November zu den Arbeitsbedingungen und der Arbeitsqualität in deutschen Schlachthöfen.



## Das steht an ...

### 2.-7. Dezember

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) wurde 2006 in Wien gegründet. Zu seinem **4. Weltkongress** treffen sich die rund 1000 Delegierten unter dem Motto „Building Workers' Power: Die Regeln neu festlegen“ in Kopenhagen. Spannend bleibt weiterhin, wer den IGB in Zukunft anführen wird. Neben der amtierenden Generalsekretärin Sharan Burrow kandidiert diesmal auch Susanna Camusso aus Italien (CGIL) für den Posten der IGB-Generalsekretärin. Der DGB unterstützt Camussos Kandidatur. [www.susannacamusso.info](http://www.susannacamusso.info) | [www.ituc-csi.org](http://www.ituc-csi.org)

### 5. Dezember

Am **Internationalen Tag des Ehrenamtes** wird seit 1985 die Leistung der Menschen gewürdigt, die sich ehrenamtlich engagieren. Auch in den 364 Stadt- und Kreisverbänden des DGB bringen sich mehrere Tausend KollegInnen ehrenamtlich ein. An diesem Tag verleiht der Bundespräsident traditionell den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland („Bundesverdienstkreuz“) an besonders engagierte Menschen.

### 10. Dezember

Vor 70 Jahren verabschiedete die UN-Vollversammlung die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte**. Der Schrecken der Weltkriege hat ermöglicht, dass sich die Staaten damals auf eine Charta mit unverbrüchlichen Rechten für alle Menschen einigten. Sie bildet bis heute die Grundlage des humanitären Völkerrechts. Seit 1950 wird am „Tag der Menschenrechte“ an ihre fundamentale Bedeutung erinnert.



## Personalia

### TIMM STEINBORN,

38, leitet seit 1. November die Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung. Zuvor war er Referatsleiter Online-Medien. Er folgt **Maike Rademaker**, 55, die seit 2014 Abteilungsleiterin und Pressesprecherin war. Sie wird zukünftig wieder als freiberufliche Journalistin und Moderatorin tätig sein.

### NORA NEYE,

38, ist seit 15. November Pressesprecherin in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung und folgt Maike Rademaker. Zuvor war sie in der Abteilung für Wirtschafts-

und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Referentin für Öffentlichkeitsarbeit.

### LAURA TÖRKEL,

34, ist seit 1. November Pressesprecherin beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor hat sie die Öffentlichkeitsarbeit der *Stiftung 2 Grad* koordiniert und war von 2010 bis 2014 in verschiedenen Funktionen der Grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus tätig, zuletzt als Pressesprecherin. Sie folgt **Marion Knappe**, 52, die zum 1. November ins Referat Medien- und Kulturpolitik der Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand gewechselt ist.



## Tipps

### Deutschland #vereint

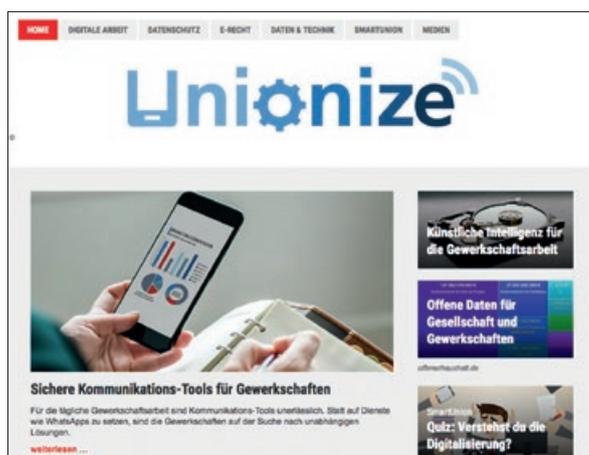
Wegen des großen Erfolgs wird die Mitmach-Aktion „Deutschland #vereint“ bis zum 10. Dezember verlängert – dem 70. Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Initiiert hat die Aktion für Vielfalt und Demokratie die Allianz für Weltoffenheit, deren Gründungsmitglied der DGB ist. Seit dem 3. Oktober können alle online Fotos hochladen, die das solidarische, tolerante und rechtsstaatliche Deutschland zeigen.

„Gemeinsam mit unseren Partnern in der Allianz für Weltoffenheit zeigen wir, wie sehr sich der Einsatz für Demokratie lohnt und wie wertvoll das friedliche Zusammenleben in gesellschaftlicher Vielfalt ist“, erklärte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann am 9. November. „Jeder Form von Hass, Rassismus, Antisemitismus, Beleidigung und Gewalt treten die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit entgegen“. Die Beteiligung an „Deutschland vereint“ übertrifft alle Erwartungen – deswegen wurde die Aktion über den 9. November hinaus verlängert: Bisher wurden hunderte Fotos hochgeladen. Die Filme und Posts auf den Plattformen wie Facebook, Instagram und Twitter wurden mehr als 3,2 Millionen Mal abgerufen. [www.deutschland-vereint.de](http://www.deutschland-vereint.de)



## DGB-NEWSPORTAL ZUR DIGITALEN ARBEITSWELT

Regelmäßig tauchen neue Schlagworte in der Debatte um die Digitalisierung auf. Es wird viel geschrieben über Künstliche Intelligenz (KI), Blockchain, Big Data, Game-Changer oder Disruption. Doch was bedeutet der Einsatz von KI für VerbraucherInnen und Beschäftigte? Warum formatiert die Plattform-Ökonomie ganze Branchen neu? Wer oder was ist disruptiv? Für viele ist es eine Herausforderung, allen technischen Innovationen samt Auswirkungen auf die Arbeitswelt zu folgen – zumal der Takt schneller wird.



Mit dem Newsportal *unionize.de* will der DGB helfen, besser zu verstehen, was Cloud-Computing, Künstliche Intelligenz oder Big Data konkret sind und welche Folgen deren Einsatz in Unternehmen und Verwaltungen hat. Das Newsportal setzt auf die Schwerpunkte Digitale Arbeit, Datenschutz, E-Recht sowie Daten & Technik. Zudem gibt es Veranstaltungstipps und den DGB-Podcast zur digitalen Arbeitswelt. In der Rubrik SmartUnion werden wir weiterhin über datensichere Tools und Apps berichten, die GewerkschafterInnen, Betriebsräte und Beschäftigte für ihre Arbeit einsetzen können. Der kostenlose Newsletter (zum Abo: [www.unionize.de/newsletter](http://www.unionize.de/newsletter)) erscheint monatlich. [www.unionize.de](http://www.unionize.de)

## BABYNAME NUR MIT DOMAIN

Eine US-Umfrage von OnePoll zeigt, dass Eltern der Generation Y (24-38 Jahre) Babynamen bevorzugen, für die noch Domain-Namen verfügbar sind. Um einen Vergleich zu haben, sind auch Eltern der Generation X (39-53 Jahre) befragt worden. Das Ergebnis: Die Bedeutung einer eigenen Internetpräsenz für Kinder hat sich bei den Eltern zwischen den Generationen fast verdoppelt – 48 Prozent der Millennials halten es für wichtig, dass ihr Kind schon früh im Leben online präsent ist. Dieser Aussage stimmten nur 27 Prozent der Befragten aus der Generation X zu. Die Studie zeigt auch: Millennials stellen durchschnittlich 107 Fotos ihrer Kinder online, bevor diese überhaupt laufen können.

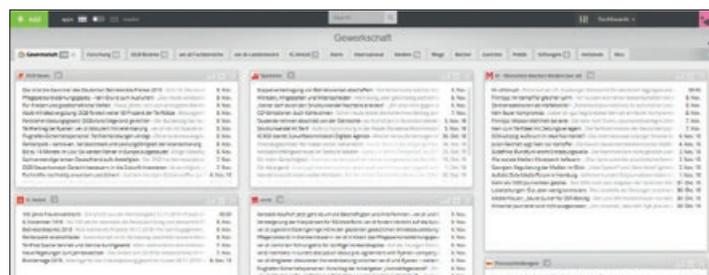
## RSS-FEEDS: EINE GENIALE ERFINDUNG

RSS-Feeds sind der beste Weg, um hunderte von Internetseiten und Newsportale auf einen Blick im Auge zu behalten. Dabei ist RSS nicht kompliziert, sondern einfach und genial. Eine kleine Anleitung für den täglichen News-Boost.



Die *Süddeutsche Zeitung* stellte kürzlich fest, dass RSS-Feeds die „tollste Technologie“ seien, die kaum jemand kennt. Das stimmt absolut. Es gibt nur wenige Tools im Netz, die einfacher und nützlicher sind, als RSS-Feeds. Schon der Name deutet es an: **Really Simple Syndication**. Damit man Feeds nutzen kann sind zwei Dinge entscheidend: Eine Webseite, die RSS anbietet und eine Software, die abonnierte Feeds sammelt und sortiert. In der Regel sind RSS-Feeds mit einem speziellen Logo versehen. Der Hintergrund ist orange mit weißen Funkwellen darüber, die ähnlich dem WLAN-Symbol von links unten nach rechts oben strahlen. Ab und an sind die Feeds auch im Kopf- oder Fußbereich einer Webseite verlinkt.

Klickt man auf diesen Link oder das Symbol wird man auf eine Seite weitergeleitet, auf der die aktuellen Meldungen der jeweiligen Webseite nur mit Headline, Link und Datum zu sehen sind. Den Link dieser Seite muss man nun kopieren und in den Feed Reader einfügen. Das ist die Software, die die RSS-Feeds sammelt. Hier gibt es eine große Auswahl. Besonders praktisch ist die Plattform Netvibes, dort werden die Feeds der unterschiedlichen Medien getrennt voneinander gesammelt. Zusätzlich kann der/die NutzerIn Oberthemen bilden und sich ein eigenes Ordnungssystem aufbauen. Allerdings liegen die Daten von Netvibes auf einem Server in Frankreich. Bekannt ist zudem der Plattform-Dienst Feedly.



So sieht eine Bibliothek mit RSS-Feeds zum Thema Gewerkschaften aus

Wer Wert auf Datenschutz legt, sollte entweder den Browser mit einem Add on erweitern. Für Mozilla gibt es etliche Erweiterungen (z.B. awesome RSS), um RSS zu sammeln und aufzulisten. Wer weder Software noch Plattform nutzen möchte, der kann den quelloffenen Reader Tiny Tiny RSS auf seinem Rechner und Smartphone installieren. Fast alle großen Newsportale wie *FAZ*, *Spiegel Online*, *Zeit.de*, *heise* und tausende Blogs bieten RSS-Feeds an.

Manchmal ist die RSS-Unterseite gut versteckt. Diese findest du am einfachsten, wenn du mit der Tastenkombination „Strg + f“ im Browser nach „RSS“ suchst. Wie das funktioniert und weitere Hinweise zum Thema gibt es auf [www.unionize.de](http://www.unionize.de)

Alle DGB-Feeds: [www.dgb.de/service/rss/](http://www.dgb.de/service/rss/)

## KEINE ABWERBUNG WÄHREND DER ARBEITSZEIT

Werden Arbeitnehmer während der Arbeitszeit telefonisch abgeworben, so ist dies wettbewerbswidrig. Das gilt sowohl für einen Anruf über das dienstliche Telefon als auch über das private Handy des Mitarbeiters.

Oberlandesgericht Frankfurt am Main,  
Urteil vom 9. August 2018 – 6 U 51/18

### Hartz IV

## KEIN ZUSÄTZLICHES GELD FÜR ANFAHRT ZUM GERICHT

Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger müssen Beträge von wenigen Euro zur Anfahrt zu einem eigenen Gerichtstermin aus dem Regelbedarf bezahlen.

Bundesverfassungsgericht,  
Beschluss vom 6. November 2018 – 1 BvQ 80/18

### Disziplinarverfahren

## PRO NRW IST VERFASSUNGSFEINDLICH

Die Partei „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“ (PRO NRW) verfolgt nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden verfassungsfeindliche Ziele. Ein Polizist, der Funktionär in dieser Partei ist, ist aus diesem Grund aus dem Polizeidienst zu entfernen.

Bundesverwaltungsgericht,  
Beschluss vom 20. August 2018 – 2 B 6.18

## VERSICHERUNGSNUMMER IST NICHT ZU ÄNDERN

Die von der Rentenversicherung vergebene Versicherungsnummer setzt sich unter anderem aus dem Geburtsdatum des/der jeweiligen Versicherten zusammen. Maßgeblich dafür ist die erste Angabe des/der Versicherten über sein Geburtsdatum gegenüber einem Sozialleistungsträger oder einem Arbeitgeber. Der Versicherte kann später keine Änderung der Versicherungsnummer verlangen, weil sein Geburtsdatum geändert wurde.

Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 29. Mai 2018 – L 2 R 163/16

### Busfahrer

## KASSIEREN OHNE TICKETABGABE BEGRÜNDET KÜNDIGUNG

Der Busfahrer eines Verkehrsbetriebes, der Geld von Fahrgästen entgegennimmt aber kein Ticket aushändigt, begeht einen schwerwiegenden Vertrauensbruch. Das rechtfertigt eine fristlose Kündigung.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,  
Urteil vom 16. August 2018 – 10 Sa 469/18

## URLAUBSANSPRUCH GEHT AUF DIE ERBEN ÜBER

Hat ein Arbeitnehmer bei seinem Tod noch einen offenen Urlaubsanspruch, so können die Erben vom ehemaligen Arbeitgeber eine finanzielle Vergütung für den von dem Arbeitnehmer nicht genommenen Jahresurlaub verlangen.

Europäischer Gerichtshof,  
Urteil vom 6. November 2018 – C-569/16 und C-570/16

### Ausbildungskosten

## RÜCKZAHLUNG VON NUR BEI GÜLTIGER VEREINBARUNG

Übernimmt der Arbeitgeber Ausbildungskosten ausländischer Pflegekräfte, muss die Rückzahlungsverpflichtung des Arbeitnehmers wirksam vertraglich geregelt werden. Unwirksam ist in der Regel eine Rückzahlungsvereinbarung, die auch für den Fall gelten soll, dass der Arbeitgeber dem potenziellen Arbeitnehmer keinen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz anbieten kann oder will.

Arbeitsgericht Siegburg,  
Urteil vom 2. August 2018 – 1 Ca 1987/17

### Hartz IV

## PC GEHÖRT ZUM LAUFENDEN BEDARF IN DER SCHULE

Das Jobcenter kann verpflichtet sein, die Kosten für die Anschaffung eines internetfähigen PC – Laptop nebst Zubehör für einen Schüler zu übernehmen. Denn der Computer/Laptop wird zwar nur einmal bezahlt, er erfüllt jedoch einen laufenden Bedarf, nämlich den, sachgerecht in ordnungsgemäßer Weise eine Schule besuchen zu können, ohne von vorneherein „abgehängt“ zu sein.

Sozialgericht Gotha,  
Urteil vom 17. August 2018 – S 26 AS 3971/17